

An das
Landratsamt Ortenaukreis
Baurechtsamt

Antrag auf bau- und naturschutzrechtliche Genehmigung einer

- Auffüllung**
- Abgrabung**
- sonstige Geländeänderung**

über Bürgermeisteramt.....

Um eine zügige Bearbeitung des Antrags auf Geländeauffüllung zu gewährleisten, sollte der Antragsbogen vollständig ausgefüllt, und zusammen mit den notwendigen Schnittzeichnungen und Lageplänen dem Bauantrag (5-fach) beigelegt werden.

1. Persönliche Angaben:

1.1 Antragsteller

Name, Vorname:
Anschrift:
Telefon:

1.2 Grundstückseigentümer (soweit nicht mit dem Antragsteller identisch)

Name, Vorname:
Anschrift:
Telefon:

1.3 Ausführende Firma (soweit nicht mit dem Antragsteller identisch)

Name:
Anschrift:
Telefon:

1.4 Planersteller (soweit nicht mit dem Antragsteller identisch)

Name, Vorname:
Anschrift:
Telefon:

2. Angaben zur Auffüllungsfläche:

2.1 Lage:

Gemarkung:.....
Gewann:
Flst.-Nr.:

2.2 Der Antragsteller ist Eigentümer des Grundstückes ja () nein ()
falls „nein“ ist eine Zustimmungserklärung des Grundstückseigentümers erforderlich
(siehe Seite 4)

2.3 Folgende Pläne sind dem Antrag beigefügt ()

- Übersichtsplan 1: 25000
- Flurkarte (1 : 1500) mit Grundstücksgrenzen und Flurstücksnummern
- Schnittzeichnungen (Längs- und Querschnitte)

2.4 Zweck der Auffüllung:

- Verbesserung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftbarkeit ()
 - Nivellierung ()
 - Neigung ()
 - Schlaggröße ()
- Sonstiges: ()
- Verbesserung der Bodenfunktionen ()

2.5 Größenangaben:

Größe der Auffüllungsfläche:m²
Volumen des abzulagernden Erdaushubes:m³
maximale Auffüllungshöhe:m
Hangneigung:%

2.7 Momentane Nutzung der Auffüllungsfläche:

- Acker- bzw. Stilllegungsfläche ()
- Grünland ()
- Rebgelände ()
- Ödland ()
- sonstige:.....

2.8 Künftige Nutzung der Auffüllungsfläche:

-

2.9 Die Auffüllungsfläche liegt in einem:

- Überschwemmungsgebiet ()
- Wasserschutzgebiet ()
- Naturschutzgebiet ()
- Landschaftsschutzgebiet ()
- auf dem Flurstück befindet sich ein besonders geschütztes Biotop ()
- an einem Gewässer ()

(Informationen hierzu liegen der zuständigen Gemeinde vor)

2.10 Zeitraum der Auffüllung:

- voraussichtlicher Beginn:
- voraussichtlicher Abschluß:

3. Angaben zum Auffüllungsmaterial:

3.1 Herkunft:

Gemarkung:

Gewann:

Flst. Nr.:

Name des Baugebietes:

3.2 Übersichtsplan 1 : 25000 ist als Anlage beigefügt ()

3.3 Entnahmefläche war bisher:

- Landwirtschaftliche Nutzfläche ()
- Industrie-/Gewerbegebiet ()
- Wohn-/Siedlungsgebiet ()
- folgendermaßen genutzt:

3.4 Angaben zur Bodenbeschaffenheit in Anlehnung an DIN 19682/Blatt 2 und
DIN 19683/Teil 1

(Angaben nur, wenn Entnahmefläche keine landwirtschaftliche Nutzfläche ist)

Bodenart:		Steingehalt:	
- Sand	()	- sandiger Lehm	()
- Lehmiger Sand	()	- schluffiger Lehm	()
- Schluff	()	- toniger Lehm	()
- Lehmiger Schluff	()	- Ton	()
		- steinfrei	()
		- gering (< 10%)	()
		- mittel (10 – 30 %)	()
		- hoch (> 30 %)	()

4. Erklärung des Antragstellers:

Das Auffüllungsmaterial ist frei von Abfällen (Bauschutt, Straßenaufbruch, Gebäudeabbruchmaterial, etc.) und sonstigen Verunreinigungen.

Nach Kenntnisstand des Antragstellers gibt es keine Hinweise darauf, dass das Aufschüttungsmaterial mit organischen oder anorganischen Schadstoffen kontaminiert ist.

Dem Unterzeichner ist bekannt, dass die beantragten Erdarbeiten ohne bau- und naturschutzrechtliche Genehmigung nicht begonnen werden dürfen.

Auskünfte erteilt das Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, unter der Telefonnummer (0781) 805-9656.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Antragstellers

Dem Antrag auf Auffüllung / Abgrabung / Planie, etc. stimme ich als Grundstückseigentümer zu.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Grundstücks-
Eigentümer (falls nicht identisch
mit dem Antragsteller)

Einlegeblatt

zum Antrag auf bau- und naturschutzrechtliche Genehmigung einer Geländeauffüllung

Antragsteller:

.....

Bearbeitungsvermerk der Gemeinde / Stadt:.....

1. Die Angaben zu Lage und Eigentümer des zur Auffüllung vorgesehenen Grundstückes sind zutreffend

ja ()

nein ()

2. Das Grundstück liegt

a) im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB) ()

b) innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) ()

c) im Außenbereich (§ 35 BauGB) ()

3. Die Gemeinde / Stadt:

a) stimmt dem beabsichtigten Vorhaben zu ja ()

nein ()

b) erteilt das Einvernehmen gemäß § 36 BauGB ja ()

nein ()

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift